

Zusätzliche Vertragsbedingungen für Architekten/Ingenieurleistungen

im Zusammenhang mit Baumaßnahmen der
 der Messe Frankfurt GmbH, der Messe Frankfurt Exhibition GmbH,
 der Messe Frankfurt Venue GmbH und der Messe Frankfurt Medien und Service GmbH
 Ludwig-Erhard-Anlage 1, 60327 Frankfurt am Main

<p>§ 1 Vertragsbestandteile</p> <p>1.1 Es gelten die folgenden Vertragsbestandteile:</p> <p>1.1.1 Das Auftragschreiben des Auftraggebers („AG“) an den Auftragnehmer („AN“).</p> <p>1.1.2 Das Verhandlungsprotokoll.</p> <p>1.1.3 Diese Zusätzlichen Vertragsbedingungen.</p> <p>1.1.4 Die im Verhandlungsprotokoll aufgeführten Vertragsunterlagen (Pläne, Zeichnungen, Terminplan, etc.).</p> <p>1.1.5 Die Verordnung über die Honorare für Leistungen der Architekten und der Ingenieure (HOAI).</p> <p>1.1.6 Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB), insbesondere die über den Werkvertrag (§§ 631 ff.).</p> <p>1.1.7 Die anerkannten Regeln der Baukunst/Technik, insbesondere die Europäischen Normen (EN) des Europäischen Komitees für Normung (CEN) oder des Europäischen Komitees für Elektrische Normung (CENELEC) sowie alle DIN-Normen des Deutschen Instituts für Normung e.V., ferner die VDI-, VDE-, VDS-Vorschriften, die von den Bauaufsichtsbehörden eingeführten bautechnischen Baubestimmungen des Deutschen Instituts für Normung e.V.</p> <p>Sofern und soweit DIN-Normen oder andere der vorgenannten Vorschriften nicht den anerkannten Regeln der Baukunst/Technik entsprechen, gilt nicht die DIN-Norm oder die anerkannte Vorschrift; die Leistungen sind in diesem Fall vielmehr entsprechend den anerkannten Regeln der Baukunst/Technik zu erbringen.</p> <p>1.1.8 Alle TÜV-Vorschriften, alle einschlägigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften und Gesetze und Verordnungen sowie Ortssatzungen, die das Bauvorhaben betreffen, ferner die Vorschriften und Auflagen aller privaten oder öffentlichen Versorgungsträger, sowie das CAD-Pflichtenheft des AG in der jeweils aktuellen Version.</p>	<p>1.2 Vertragsbestandteile sind nur die unter 1.1 aufgeführten, nicht das Angebot des AN (es sei denn, dass es im Verhandlungsprotokoll ausdrücklich in Bezug genommen wird), etwaige Vorverträge, unter 1.1 nicht aufgeführte Protokolle oder sonstige Korrespondenz, insbesondere im Zusammenhang mit dem Abschluss dieses Vertrages. Insbesondere sind Vertrags- und Zahlungsbedingungen des AN nicht Vertragsbestandteil.</p> <p>1.3 Die Rangfolge der Vertragsbestandteile ergibt sich, soweit nachstehend nichts anderes geregelt ist, aus der Reihenfolge in 1.1. Die Rangfolge der Vertragsbestandteile gemäß 1.1.4 bestimmt sich nach der im Verhandlungsprotokoll festgelegten Reihenfolge. Ist eine solche nicht festgelegt, gelten sie gleichrangig.</p> <p>§ 2 Honorar/Leistungsänderungen und -ergänzungen</p> <p>2.1 Der AN erhält für die von ihm zu erbringenden Leistungen das im Verhandlungsprotokoll vereinbarte Honorar. Mit diesem Honorar sind auch alle vor Vertragsabschluss erbrachten Leistungen des AN abgegolten.</p> <p>2.2 Zu dem vom Honorar umfassten Leistungsumfang des AN gehören auch die auf Veranlassung der an der Genehmigung beteiligten behördlichen Stellen erfolgenden Planungsänderungen oder Planungsergänzungen.</p> <p>2.3 Zu dem vom Honorar umfassten Leistungsumfang des AN gehört auch die Einarbeitung von Änderungswünschen des AG, sofern diese bis zur Einreichung des Bauantrages erfolgen.</p> <p>2.4 Auf Verlangen des AG hat der AN auch zusätzliche Architekten- bzw. Ingenieurleistungen, also z. B. über den nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungsumfang hinausgehende Planungsänderungen oder Planungsergänzungen, zu erbringen. Sofern es sich insoweit um wesentliche Leistungen handelt, werden die Parteien im Einzelfall ein Zusatzhonorar sowie</p>	<p>– falls notwendig – eine Verschiebung der vertraglich vereinbarten Fristen und Termine unter Berücksichtigung des Umfangs der zusätzlichen/geänderten Leistungen vereinbaren. Das Zusatzhonorar ist – sofern und soweit möglich – auf dieselbe Weise zu ermitteln, wie das vertraglich vereinbarte Honorar.</p> <p>Die Vereinbarung über die Höhe des Zusatzhonorars und über eine etwaige Verschiebung der vertraglichen Fristen/Termine ist nach Möglichkeit vor Beginn der Ausführung der zusätzlichen/geänderten Leistungen zu treffen. Auch soweit sich die Parteien über die Höhe des Zusatzhonorars oder darüber, ob dem AN dem Grunde nach ein Zusatzhonorar zusteht oder über die Notwendigkeit bzw. den Umfang der Verschiebung von Terminen/Fristen nicht geeinigt haben, ist der AN verpflichtet, die zusätzlichen Leistungen zu erbringen, sofern der AG dies schriftlich angeordnet hat. Das Zusatzhonorar wird dann später nach Maßgabe von § 2.4 Abs. 1, eine etwaige Verschiebung von vertraglichen Terminen/Fristen anhand des Üblichen für die fraglichen Leistungen notwendigen Zeitaufwandes, ermittelt. Aus dieser Bestimmung kann keine Partei ein Leistungsbestimmungsrecht herleiten.</p> <p>Der AN ist verpflichtet, vor Beginn der Ausführung der zusätzlichen/ geänderten Leistungen, für die er beabsichtigt, ein Zusatzhonorar geltend zu machen, dem AG einen etwaigen Anspruch auf Zusatzhonorar sowie auf eine Verschiebung zu vertraglichen Termin/Fristen anzukündigen. Die rechtzeitige Ankündigung ist Voraussetzung für einen Anspruch auf Zusatzhonorar sowie auf eine Verschiebung der Termine/ Fristen; fehlt eine rechtzeitige Ankündigung, kann sich der AG – vorbehaltlich Abs. 4 – darauf verlassen, dass die zusätzliche/ geänderte Leistung nicht zu einem Zusatzhonorar oder einer Termin-/ Fristenverschiebung führt. Ohne rechtzeitige Ankündigung sind auch Zahlungsansprüche aus sonstigen Rechtsgründen ausgeschlossen.</p>
--	--	---

- Die rechtzeitige Ankündigung ist dann nicht Anspruchsvoraussetzung, wenn der AG bei der Anordnung der zusätzlichen/geänderten Leistungen von ihrer Entgeltlichkeit ausgegangen ist oder hiervon ausgehen musste oder der AN die entsprechende Ankündigung ohne Verschulden unterlassen hat. Gleiches gilt, wenn dem AG keine Alternative zur sofortigen Ausführung der zusätzlichen Leistung durch den AN geblieben wäre; hätte nur eine im Vergleich zu der vom AN ausgeführten Leistung preiswertere Alternative bestanden, ist der Vergütungsanspruch des AN entsprechend zu kürzen. Für das Vorliegen vorstehender Ausnahmetatbestände trägt der AN die Darlegungs- und Beweislast.
- 2.5 Der AN ist berechtigt, eine Honorarschlussrechnung zu erstellen, nachdem die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen vertragsgemäß erbracht sind. Das Honorar wird fällig 3 Wochen, nachdem der AN dem AG die prüffähige Honorarschlussrechnung überreicht hat.
- Soweit im Verhandlungsprotokoll nichts Abweichendes geregelt ist, werden dem AN auf Anforderung Abschlagszahlungen für nachgewiesene vollständige Leistungen einer jeweiligen Leistungsphase gewährt, sofern der AN den Versicherungsnachweis gemäß § 3 erbracht hat. Der AN ist berechtigt, nach Erreichen des für die Abschlagszahlungen vorgesehenen Leistungsstandes eine Abschlagsrechnung zu stellen. Die Abschlagszahlungen werden fällig drei Wochen, nachdem der AN dem AG eine entsprechende Abschlagsrechnung übergeben hat.
- 2.6 Alle Honorarzahungen an den AN erfolgen nur zu 95 % des jeweils fälligen Honorars. 5 % dieses Honorars verbleiben dem AG als Erfüllungssicherheit und als Sicherheit für Mängelansprüche und werden bei Fälligkeit der Honorarschlussrechnung gegen Stellung einer Sicherheitsleistung durch Bankbürgschaft ausbezahlt.
- Eine Sicherheit für Mängelansprüche durch Bürgschaft ist zu erbringen durch Stellung einer unbefristeten selbstschuldnerischen Bürgschaft eines Kreditinstitutes oder Kreditversicherers, das bzw. der in der Bundesrepublik Deutschland seinen Sitz hat
- oder dort verklagt werden kann, zur Sicherung der Erfüllung aller Erfüllungs- und Mängelansprüche aus diesem Vertrag in Höhe von 5% der Bruttoschlussrechnungssumme. Die Bürgschaft muss den Verzicht auf Einreden aus § 770 Abs. 2 BGB, soweit die Gegenforderung nicht unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist, und §§ 770 Abs. 1, 771, 772 BGB enthalten; sie darf keine Hinterlegungsklausel enthalten. Falls eine Sicherheit durch Bürgschaft erbracht wird: Die Rückgabe der Sicherheit erfolgt nach Ablauf der vereinbarten Verjährungsfrist für Mängelansprüche.
- 2.7 Zahlungen erfolgen auf ein vom AN zu benennendes Konto. Etwaige Spesen und Gebühren, die die Empfängerbank erhebt, gehen zu lasten des AN.
- 2.8 Forderungen des AN gegen den AG können ohne Zustimmung des AG nur abgetreten werden, wenn die Abtretung sich auf die Gesamtforderung aus diesem Vertrag einschließlich aller etwaiger Nachträge erstreckt. Teilabtretungen sind nur mit schriftlicher Zustimmung des AG gegen ihn wirksam. Eine Abtretung wirkt gegenüber dem AG erst, wenn sie ihm vom AN und vom neuen Gläubiger schriftlich angezeigt worden ist.
- § 354a HGB bleibt unberührt; der AG kann in diesem Fall mit befreiender Wirkung an den AN gemäß § 354a Satz 2 HGB leisten.
- § 3 Versicherungen**
- Der AN ist verpflichtet, auf seine Kosten eine Berufshaftpflichtversicherung mit den Deckungssummen:
- EUR 2 Mio. für Personenschäden,
 - EUR 1 Mio. für Sachschäden,
 - EUR 100.000,00 für Vermögensschäden gemäß Verhandlungsprotokoll abzuschließen und für die Dauer der Leistungserbringung aufrecht zu erhalten. Der Abschluss der vorgenannten Versicherung ist dem AG innerhalb von 2 Wochen nach Vertragsschluss unaufgefordert nachzuweisen.
- § 4 Ansprüche wegen Sachmängeln/ Haftung/Verjährung**
- 4.1 Ansprüche wegen Sachmängeln und Schadensersatzansprüche richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- 4.2 Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beginnt mit der Abnahme der nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen, spätestens mit der Abnahme der Leistungen der Leistungsphase 8 – Objektüberwachung (Teilabnahme). Für Leistungen, die danach noch zu erbringen sind, beginnt die Verjährung mit der Abnahme der letzten Leistung. Im Übrigen sind Teilabnahmen sind ausgeschlossen.
- § 5 Termine**
- 5.1 Die im Verhandlungsprotokoll oder in sonstigen Vertragsbestandteilen vereinbarten Termine für die Leistungen des AN sind verbindliche Vertragstermine. Im Falle des Verzugs mit einem dieser Termine haftet der AN für alle Schäden und Nachteile, die dem AG hieraus entstehen. Dies gilt insbesondere für die Schäden, die dadurch entstehen, dass der AG aufgrund der Verzögerung seinerseits die terminlichen Verpflichtungen gegenüber seinen Nutzern oder seine terminlichen Verpflichtungen oder Mitwirkungspflichten gegenüber weiteren Auftragnehmern nicht einhalten kann.
- 5.2 Sollte sich der AN mit der Lieferung von Plänen in Verzug befinden, ist der AG insbesondere nach seiner Wahl auch berechtigt, die Pläne, mit denen sich der AN in Verzug befindet, selbst oder durch Dritte auf Kosten des AN zu erstellen.
- § 6 Urheberrecht, Nutzung und Änderung der Planung und des Werks/Leistungsschutzrechte**
- 6.1 Der AN räumt dem AG das ausschließliche, unwiderrufliche, unbeschränkte und übertragbare Recht ein, alle Planungen, Unterlagen und sonstigen Leistungen des AN für das vertragsgegenständliche Projekt / Bauvorhaben sowie das ausgeführte Werk ganz oder teilweise ohne Mitwirkung des AN zu nutzen.
- 6.2 Das Nutzungsrecht umfasst auch die Befugnis des AG, die Planung des AN ohne Mitwirkung des AN zu ändern. Dies gilt auch für das ausgeführte Werk. Der AG wird den AN vor wesentlichen Änderungen eines nach dem Urheberrecht geschützten Werkes – soweit zumutbar – anhören.

- 6.3 Die Einräumung der Nutzungsrechte erfolgt zum Zwecke der Nutzung durch den AG oder durch Dritte, auf die der AG seinerseits Nutzungsrechte überträgt. Die dazu erforderliche Zustimmung des AN wird hiermit erteilt.
- 6.4 Die vorstehenden Regelungen gelten auch, wenn das Vertragsverhältnis – gleich aus welchem Grund – vorzeitig enden sollte.
- 6.5 Der AN steht dafür ein, dass seine Leistungen und Lieferungen frei von Rechten Dritter sind.
- 6.6 Der AG hat das Recht zu Veröffentlichungen unter Namensangabe des AN. Der AN bedarf zur Veröffentlichung der Zustimmung des AG. Die Gestaltung der Urheberbezeichnung wird dem AG nach seinem billigem Ermessen (§ 315 BGB) übertragen.
- 6.7 Auch nach einer vorzeitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses – gleich aus welchem Rechtsgrund – ist der AG befugt, etwa unter wettbewerbsrechtlichen und/oder urheberrechtlichem Leistungsschutz stehende Unterlagen des AN zu verwerten, Dritten mitzuteilen oder sonst zu nutzen.
- § 7 Sonstige Pflichten der Vertragsparteien**
- 7.1 Der AN ist insbesondere auch in seiner Funktion als Sachverwalter des AGs verpflichtet, den AG und dessen Baubetreuung/Projektsteuerung über alle bei der Durchführung seiner Aufgaben wesentlichen Angelegenheiten zu unterrichten.
Auf Verlangen hat der AN jederzeit über die entstandenen und noch zu erwartenden Baukosten Auskunft zu erteilen. Wird erkennbar, dass das Baukostenbudget überschritten wird, ist der AN verpflichtet, den AG unverzüglich hierüber schriftlich zu informieren.
Der AN hat den AG regelmäßig über den Inhalt und Ablauf seiner Leistungen und unverzüglich über alle den geplanten Inhalt und Ablauf beeinträchtigenden Ereignisse schriftlich zu unterrichten.
- 7.2 Der AG ist über jedwede erforderliche Mitwirkungshandlung sowie ggf. zu erteilende Genehmigungen, Freizeichnungen usw. so frühzeitig unter Vorlage der maßgeblichen Unterlagen zu unterrichten, dass ihm eine Bearbeitungszeit von mindestens einer Woche verbleibt. Für den Beginn der vorstehenden Frist kommt es auf den Zugang der jeweiligen Unterrichtung oder Mitteilung beim AG an.
- 7.3 Der AG ist berechtigt, dem AN in allen Belangen sowohl der gestalterischen, als auch der technischen Planung und Ausführung Weisungen zu erteilen. Macht der AG von diesem Weisungsrecht Gebrauch, so hat der AN ihn auf Risiken und Alternativlösungen hinzuweisen und umfassend zu beraten.
- 7.4 Der AG hat Anspruch auf Überlassung der genehmigten Bauvorlagen, Pausen der Originalzeichnungen und aller sonstigen das Bauvorhaben betreffenden Unterlagen.
Der AN ist verpflichtet, alle das Bauvorhaben betreffenden Unterlagen bis zum Ablauf der Verjährungsfrist für Mängelansprüche des Generalunternehmers bzw. der Fristen der einzelnen Bauunternehmen aufzuheben. Danach kann er sie vernichten, ist jedoch verpflichtet, dem AG vorher anzubieten, sie zu übernehmen.
- 7.5 Im Rahmen dieses Vertrages ist der AN verpflichtet, den an der Planung Beteiligten ggf. notwendige Anweisungen zu erteilen. Im Übrigen ist dem AN eine Vollmacht – insbesondere zum Eingehen finanzieller Verpflichtungen für den AG – nicht erteilt.
- 7.6 Der AN hat den AG über die Notwendigkeit des Einsatzes von Sonderfachleuten zu beraten, dem AG gegebenenfalls geeignete Sonderfachleute vorzuschlagen und die von den Sonderfachleuten erbrachten Leistungen fachlich und zeitlich zu koordinieren, mit seinen Leistungen abzustimmen und in diese einzuarbeiten.
- 7.7 Die Zustimmung des AGs zu Leistungen des AN schränkt die Haftung des AN für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen nicht ein.
- 7.8 Der AN ist verpflichtet, an den vom AG festgesetzten Besprechungen teilzunehmen und sich auf diese vorzubereiten. Diese Besprechungen werden vom AG bzw. von dessen Baubetreuung nach Bedarf, während der Bauzeit mindestens einmal wöchentlich festgesetzt.
- 7.9 Alle von den Parteien im Rahmen dieses Vertrages zu erstellenden Unterlagen sind in deutscher Sprache abzufassen. Insbesondere findet jegliche Vertragskorrespondenz in deutscher Sprache statt.
- § 8 Subunternehmer**
- 8.1 Der AN hat die ihm übertragenen Leistungen mit seinem eigenen Büro zu erbringen. Auch eine Vergabe von Teilen der übertragenen Leistungen auf Subunternehmer (freie Mitarbeiter, selbständige Architekten oder andere Büros) ist nur mit schriftlicher Zustimmung des AGs zulässig.
- 8.2 Der AG kann die Erteilung der Zustimmung insbesondere davon abhängig machen, dass der Subunternehmer dem AN die Rechte an seinem Werk entsprechend § 6 überträgt.
- 8.3 Der AN ist verpflichtet, dem AG nach Abschluss entsprechender Verträge jeweils eine vollständige Vertragskopie mit Ausnahme der vereinbarten Honorare zu übergeben.
- 8.4 Der AN bietet dem AG bereits jetzt unwiderruflich als Sicherheit die Abtretung aller Mängelansprüche gegen etwaige Subunternehmer an. Der AG ist jederzeit zur Annahme berechtigt.
- § 9 Kündigung**
- 9.1 Kündigungen bedürfen der Schriftform.
- 9.2 Kündigt der AG ganz oder teilweise gemäß § 649 BGB, vereinbaren die Parteien den Umfang ersparter Aufwendungen mit dem im Verhandlungsprotokoll genannten Prozentsatz des Honorars für vom AN noch nicht erbrachte beauftragte Leistungen.
- 9.3 Im Übrigen kann der Vertrag von beiden Parteien aus wichtigem Grund gekündigt werden. Als wichtiger Grund gilt insbesondere, wenn der andere Vertragspartner die Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren gesetzlichen Verfahrens über sein Vermögen beantragt, eine solches Verfahren über das Vermögen des anderen Vertragspartners eröffnet oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens über das Vermögen des anderen Vertragspartners mangels Masse abgelehnt wird.

